

Das moderne Staatensystem lässt sich in seinen Grundzügen auf den Frieden von 1648 zurückführen. Aber das ist nur eine von vielen Deutungen des Vertragswerks.

Westfälisches Vexierbild

Von CHRISTOPH SEIDLER

In Momenten besonders großer Ratlosigkeit greifen die Menschen gern zum Pathos. „Am Anfang und am Schluss von Heimsuchungen macht man immer ein wenig in Rhetorik. Im ersten Fall hat man die Gewohnheit noch nicht verloren, und im zweiten hat man sie schon wieder angenommen“, schreibt Albert Camus in seinem Roman „Die Pest“.

Zwar erzählt Camus von Algerien zur Zeit des Zweiten Weltkriegs. Aber

die Bevölkerung der Küstenstadt Oran macht während einer – erdachten – Pest-Epidemie ähnlich existentielle Erfahrungen wie Millionen Mitteleuropäer während des Dreißigjährigen Kriegs. Und in beiden Fällen müssen sich die Überlebenden vor den Leichenbergen fragen, wie es eigentlich weitergehen soll, nach dem unmittlerbaren Erlebnis des Todes.

Der Dreißigjährige Krieg sollte durch nichts Geringeres als eine „pax universalis et perpetua“ überwunden werden, einen allgemeinen, ewig gültigen Frieden. Geschlossen wurde er zwischen den Staaten im Herzen Europas, die bei den Verhandlungen als weitgehend gleichberechtigte Partner auftraten – ein Prinzip, wie wir es noch heute kennen. „Wahre und aufrichtige Freundschaft“ sollte fortan herrschen, so das in den Verträgen formulierte Ziel.

Nach dem verheerenden Konflikt war der Doppelfrieden von Münster und Osnabrück der epochale Versuch einer Antwort auf die Frage „Wie weiter?“. Mitten im Tumult hatte der schlesische Jesuit Andreas Scultetus gedichtet: „Ach, glaubt mir, einmal sich erretten von den Kriegen, ist mehr, als tausendmal unüberwindlich siegen.“

Doch wie sollte dieses Erretten nun praktisch aussehen? „Nach 30 Jahren Krieg lechzten die Menschen nach Sicherheit“, beschreibt der Historiker Heinz Duchhardt vom Institut für Europäische Geschichte in Mainz die Situation. Vagabundierende Heere, Hungersnöte und grassierende Seuchen hatten Deutschland großflächig verwüstet. Manche Region hatte mehr als die Hälfte ihrer Einwohner verloren; Flüchtlinge irrten durchs Land.



Zeitgenössische Gedenkmédaille zum Abschluss des Westfälischen Friedens

Diplomaten auf dem Wiener Kongress 1815
 Holzstich, um 1880,
 nach einer zeitgenössischen Zeichnung



Umso erstaunlicher, dass in den Verträgen alle Parteien unabhängig von ihrer militärischen und wirtschaftlichen Macht, der Größe ihres Staatsgebiets oder ihrer Religion auftraten. „Die wechselseitige Anerkennung und das Ende der Superiorität des Reichsgedankens, das ist in Münster und Osnabrück festgelegt worden“, erklärt der Politologe Herfried Münkler von der Berliner Humboldt-Universität.

Das grausame Ringen hatte gezeigt, dass der Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation nicht mächtig genug war, einen Oberherrschaftsanspruch für Europa aufrechtzuerhalten. Doch Spanien und Frankreich konnten das auch nicht. Gerade deshalb gilt das 1648 besiegelte Vertragswerk vielen Politikwissenschaftlern bis heute als epochal: Es begründete ein Staatensystem, das jahrhundertlang Bestand hatte, ja in Grundzügen sogar bis heute fortduert.

Längst ist das „Westphalian System“ ein fester Begriff der politikwissenschaftlichen Debatte. „Der Frieden von

Westfalen“, lobt etwa der US-Politologe Stephen Krasner, „wird benutzt, um den Beginn des modernen internationalen Systems als eines Universums zu markieren, welches aus souveränen Staaten gebildet wird.“ Nur die „kleinteilige deutsche Historiografie“ meide die Bezeichnung, grollt Münkler.

Kernbotschaft des Systems Westfalen scheint zu sein, dass auf der internationalen Bühne der souveräne Staat die entscheidende Rolle spielt. Der Historiker Johannes Burkhardt spricht vom „völkerrechtlichen Modellwechsel zu einem Nebeneinander gleichberechtigter Staaten mittlerer Größenordnung“. Alle Beteiligten hätten anerkennen müssen, „dass die Mehrstaatlichkeit nicht ‚Anarchie‘ oder eine zu beseitigende politische Fehlform war, sondern die künftige politische Ordnung sein würde“.

Das Westfälische System, beruhend auf den Prinzipien der Territorialität und der Selbstbestimmung, sei „einfach, faszinierend und elegant“, führt Stephen Krasner aus. Niemand kann sich zum Chef über Europa aufschwingen – we-

der Papst noch Kaiser, weder Frankreich noch Spanien.

Das war in der Tat eine wichtige Erkenntnis. Zwar wurden die Friedensverträge eigentlich nur zwischen dem Kaiser und Schweden sowie dem Kaiser und Frankreich geschlossen, doch de facto stimmten auch die Reichsstände zu, also die weltlichen und geistlichen Fürsten der deutschen Einzelterritorien, und die freien Reichsstädte. Und weil die Regeln auch die Verbündeten der Vertragspartner betrafen, band der Westfälische Frieden quasi alle europäischen Staaten.

Wichtige gedankliche Vorarbeit geleistet hatte ein Mann, der vielen auch als Begründer der modernen Völkerrechtslehre gilt. Der Niederländer Hugo Grotius war 1645 gestorben. Sein Büchlein „Mare Liberum“ („Die freie See“) hatte 1609 das Konzept der Freien Seefahrt etabliert. So sollte sein niederländisches Vaterland Zugang zum Handel auf den Ozeanen erhalten, der bis dahin von Spaniern und Portugiesen beherrscht worden war. Und in seinem Hauptwerk „De iure belli ac pacis“

AKG

(„Über das Recht des Krieges und des Friedens“) erklärte der fromme Gelehrte 1625: „Ein gerechter Grund zum Krieg kann nur eine Rechtsverletzung sein.“

Besser sei es freilich, wenn die Kriege gar nicht erst ausbrechen – weil die Probleme vorher durch Verträge geregelt worden seien. Der Westfälische Frieden folgte dieser Idee; so habe Grotius „wichtigen Gedanken zum Durchbruch verholfen“, lobt Politologe Münkler. Doch wurde in Münster und Osnabrück tatsächlich das moderne Staatensystem geboren? Darf man die Verträge als Stunde null der internationalen Ordnung interpretieren?

Der Berliner Völkerrechtler Christian Tomuschat zeigt sich zurückhaltend. Der Westfälische Frieden sei bestenfalls ein kleiner Teil eines langwierigen Vorgangs. Außerdem: „Das Wort Souveränität steht nirgends in den Verträgen.“ Auch Grotius halte er für überbewertet, sagt Tomuschat. Für einen modernen Juristen gründe sich dessen Werk viel zu stark auf christliche Glaubenssätze.

Zudem gebe es durchaus Vorbilder für Münster und Osnabrück, erklärt der Jurist. Schon früher habe es zwischenstaatliche Friedensverträge gegeben, etwa zwischen Spanien und Frankreich oder Spanien und England. Außerdem habe man außereuropäische Staaten 1648 gar nicht anerkannt, die Türkei zum Beispiel. „Für die Weltgeschichte des Völkerrechts hat der Frieden keine zentrale Bedeutung“, folgert Tomuschat; er sieht den Ruhm als „nachträgliche Überhöhung“.

Wie viele epochale Ereignisse ist auch der Westfälische Frieden im Laufe der Jahrhunderte immer wieder neu gedeutet worden – aus ganz verschiedenen parteilichen Blickwinkeln. Zeitgenossen feierten die langersehnte Friedensnachricht mit rauschenden Festen und Feuerwerken. Doch Anfang des 19. Jahrhunderts geriet das Vertragswerk in Deutschland in Verruf: Es habe die Bildung eines deutschen Nationalstaats behindert; die Stärkung der Reichsstände habe die Kleinstaaterei gefördert. „Aus dem Moment der größten Hochachtung



FRIEDENS-DEUTER
Herfried Münkler
Christian Tomuschat
Barbara Stollberg-Rilinger
Heinz Duchhardt

Kern des Kontinents gerade zur Gründung von Montanunion und Wirtschaftsgemeinschaft zusammengerauft.

Mittlerweile hat sich die Euro-Euphorie von einst wieder etwas abgekühlt – und damit bei einigen auch die Wertschätzung für das Ereignis von 1648. So mag Heinz Duchhardt „nicht denken, dass das ein Grundgesetz für das moderne Europa gewesen ist“. Auch die mehrbändige „History of Humanity“ der Unesco widmet Münster und Osnabrück nur ein paar karge Zeilen.

Tatsache ist, dass Westfalen genau eines nicht gebracht hat: den ewigen Frieden, den seine Macher doch so beredt versprochen hatten. Spanien und Frankreich kämpften bis 1659 weiter. Schweden kehrte schon kurz nach dem Vertrags-

entstand innerhalb weniger Jahre ein Negativbild, das seinesgleichen sucht“, sagt Heinz Duchhardt.

Ausländische Mächte, so das damalige Argument, hätten viel zu großen Einfluss auf die Politik im Reich erlangt –

schluss zu einer aggressiven Politik im Baltikum zurück. Und Frankreich geriet sich unter Ludwig XIV. auch alles andere als friedfertig. Johannes Burkhardt nennt dies den „Rückfall des französischen Königs in das Programm des eu-

„Nach 1648 brach kein Zeitalter der Toleranz aus.“

und die Schaffung eines Nationalstaats in Deutschlands verhindert. Gemeint war vor allem Frankreich, das als Garantmacht des Friedens aufgetreten war. Bis in die Zeit des Nationalsozialismus vertraten viele Historiker und Politiker in Deutschland diese Sichtweise. Eine Studie von 1940 spricht gar von einem „Tiefpunkt der Reichsgeschichte“ – Mitherausgeber des Buchs war Münsters damaliger Stadtarchivar Friedrich Kopp.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrte sich das Bild um. Seit Fritz Dickmanns Werk „Der Westfälische Friede“ (1959) wurde der Friedensschluss als Vorläufer des geeinten Europas gefeiert, als Vorbild internationaler Konfliktbewältigung. Diese Ansicht war durchaus zeitgemäß, hatten sich doch die Staaten im

europäischen Universalismus“. Kriege mit den südlichen Niederlanden und der Niederländischen Republik, großflächige Annexionen im Elsass und in Lothringen, der Pfälzische Krieg – von wegen ewiger Friede.

„Hier ist kein Instrument europäischer Sicherheitspolitik geschaffen worden“, folgert Heinz Duchhardt. Auch im Reich blieben ungelöste Probleme: „Nach 1648 brach kein Zeitalter der Toleranz aus – die alten Konflikte und Feindseligkeiten verschwanden nicht einfach“, gibt die münstersche Historikerin Barbara Stollberg-Rilinger zu bedenken. Immerhin seien religiöse Konflikte nicht mehr mit Gewalt ausgetragen worden. Der Preis dafür: „Auch politische Konflikte, die zunächst gar



Sitzung des Weltsicherheitsrats
der Vereinten Nationen

nichts mit Religion zu tun hatten, ließen sich konfessionell aufladen.“

Andererseits konnten viele spätere Friedensschlüsse auf das Vertragswerk von Westfalen zurückgreifen. Das Prinzip der Diplomatenversammlung als friedensstiftendes Element wurde immer wieder genutzt, so auf dem Wiener Kongress 1814/15, als die politische Landkarte Europas nach dem Ende von Napoleons Eroberungszügen neu gezeichnet wurde. Und auch später versuchten sich die Staaten nach traumatisierenden Großkriegen an hochkomplexen Lösungen, wie einst in Westfalen. So gesehen sind selbst Völkerbund und Uno geistige Erben des alten Vertrags.

Eines allerdings unterscheidet die späteren Ansätze von 1648: „Lange hat man geglaubt, dass man allein durch Verträge den Frieden sichern kann“, sagt Völkerrechtler Tomuschat. „Im 20. Jahrhundert hat man dann gelernt, dass eine wirksame Friedensordnung auch überstaatliche Institutionen braucht.“ Die Uno mit ihrem Sicherheitsrat ist dafür das wichtigste Beispiel. Doch in groben Zügen hat sich das internationale System als Gemeinschaft souveräner Staaten bis weit ins 20. Jahrhundert hinein gehalten. Ob es heute noch so existiert,

ob der Westfälische Frieden die internationale Welt noch immer entscheidend prägt, darüber streiten die Experten.

In den vergangenen Jahren ist immer wieder das Ende des Westfälischen Systems ausgerufen worden – nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa, bei der Übernahme kraftloser Staaten in Afrika durch kriegerische Warlords oder angesichts des erstarken islamistischen Terrors. Der bis dahin so wichtige souveräne Staat sei nicht mehr Hauptakteur auf der internationalen Bühne, sondern in seinen Möglichkeiten zur Unkenntlichkeit verstümmelt – von internationalen Organisationen, von weltweit agierenden Konzernen, aber auch von einer Menschenrechtsphilosophie, die ein Eingreifen von außen bei schweren Verstößen wie Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht nur toleriert, sondern beinahe einfordert.

Nato-Bomber über Tripolis oder der Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen Sudans Präsidenten Omar al-Baschir wegen der Metzeleien in Darfur: Das sind Nachrichten, die für ein Ende des Westfälischen Systems zu sprechen scheinen. Herfried Münkler

indessen meint, Westfalen sei durchaus noch intakt, habe sich aber „gehäutet“. Zu großen Uno-Gipfeln treffen sich bis heute die Staats- und Regierungschefs der Staaten.

Die Welt habe allerdings erkennen müssen, dass das System von Münster und Osnabrück nicht ohne weiteres globalisierbar sei, sagt Münkler. „Dieses Ordnungsmodell fordert zu viele Dinge, die nur in Europa gegeben waren.“ So ließen sich zum Beispiel Religionskonflikte, etwa in Indien, schwerlich lösen, indem eine religiöse Gruppe bei Problemen das Territorium einer anderen Gruppe einfach verlässt. Dafür seien die Menschenmengen schlicht zu groß.

Was also bleibt vom Westfälischen Frieden? Für Albert Camus konnte nur eine „endgültige Niederlage“ die Kriege dieser Welt beenden, sie mache „noch aus dem Frieden ein unheilbares Leiden“. So dramatisch ist es nach dem Dreißigjährigen Krieg nicht gekommen, wohl auch wegen der wegweisenden Polit-Architekten von Münster und Osnabrück. Allen möglichen historischen Unzulänglichkeiten zum Trotz sagt Münkler deswegen: „Chapeau vor den Leuten, die das gemacht haben. Immerhin reden wir heute noch darüber.“